

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 70 Heller

Redaktion und Verwaltung: Prag XII., Gochova 62 - Telefon 53077 - Herausgeber: Siegfried Taub - Verantwortlicher Redakteur: Racl Kern, Prag

Aus dem Inhalt:

Der Fall Heger wird totgeschwiegen

Die freien Gewerkschaften gegen die Angriffe auf die Arbeitslosen

Die 40-Stunden-Woche vor der internationalen Arbeitskonferenz

Eine Woche der Nováks im Rundfunk

17. Jahrgang

Dienstag, 22. Juni 1937

Nr. 145

England hat die Komödie satt?

Scharfe Sprache Lord Plymouths im Nichteinmischungsausschuss

London. In der Subkommission des Nichteinmischungsausschusses erklärte Montag gegen Abend der Ausschussvorsitzende Lord Plymouth u. a.:

Die britische Regierung sei auf das schwerste darüber enttäuscht, daß trotz dem vereinbarten Abkommen und trotz den ausgedehnten organisatorischen Maßnahmen beide kriegsführenden Parteien in Spanien weiterhin ungeheure Mengen von Kriegsmaterial und Waffen erhalten. Die britische Regierung ist der Meinung, daß man nicht zuzulassen kann, daß dieser Stand der Dinge auch weiterhin andauert, wenn sich der Bestand des Nichteinmischungsausschusses als berechtigt erweisen und seine bisherige Tätigkeit nicht überflüssig erscheinen soll.

Jede Regierung müsse ihre Bemühungen auf ihrem eigenen Territorium verstärken, damit die von ihr übernommenen Verpflichtungen strikt eingehalten und der ursprüngliche Zweck des Nichteinmischungsausschusses den Konflikt in Spanien zu isolieren, ohne Ausschub zu veranlassen werde.

Die britische Regierung wünscht, daß sobald als möglich mit der Evaluierung wenigstens einer begrenzten Zahl der Angehörigen der fremden Nationen begonnen werde.

Der Vertreter der Sowjetunion erklärte hierauf, die sowjetrussische Regierung beantrage, daß die Evaluierung der Fremden aus Spanien konzentriert werde, damit auch die Marokkaner unter sie fallen.

Nach einem Meinungsaustausch werden die Vorschläge von Lord Plymouth allen beteiligten Regierungen mit dem Ersuchen vorgelegt werden, möglichst schnell ihren Standpunkt bekanntzugeben.

Am Tage des Rücktritts:

Wahlsieg über Doriot

Paris. Bei den Ergänzungswahlen in den Stadtbezirk der Pariser Vorstadt Saint Denis, wo seit Jahren Jacques Doriot, der ehemalige Kommunist und jetzige Vorsitzende der oppositionellen Volksfront, welcher kürzlich vom Innenminister seines Amtes als Bürgermeister entsetzt worden war, Bürgermeister gewesen ist, siegte die Kandidatenliste der Volksfront über die Kandidatenliste Doriot.

Die Kandidatenliste der Volksfront erzielte 10.500 Stimmen, während Doriot's Kandidatenliste nur 7.000 Stimmen auf sich zu vereinigen vermochte. Infolge dieses Misserfolges in seinem Bezirk teilte Jacques Doriot mit, daß er auch sein Abgeordnetenmandat zurücklege.



Chautemps

Die Persönlichkeit Chautemps wird an allen Ecken und Enden mit Aufmerksamkeit angesehen. Er wird als geschickter Taktiker angesehen, der in der Kammer von der äußersten Linken bis zum Zentrum Vertrauen genießt. Als Staatsminister, der in der Regierung Blum die radikalsozialistische Partei vertritt, greift er einigemale erfolgreich in schwierige Verhandlungen hauptsächlich sozialer Charakters zwischen Arbeitern und Arbeitgebern ein.

Rücktritt des Kabinetts Blum

Der Konflikt mit dem Senat die Ursache
Der Radikalsozialist Chautemps mit der Regierungsbildung beauftragt

Paris. In der Nacht auf Montag lehnte der Senat mit 168 gegen 98 Stimmen die von Senator Perrier namens der Linksparteien neu formulierte Kompromißformel über die Finanzermächtigung an die Regierung ab und nahm lediglich den vom Finanzausschuss vorgeschlagenen Text an, den die Regierung als unzulässig bezeichnet hatte.

Ministerpräsident Blum berief daraufhin sofort die Vertreter der parlamentarischen Mehrheitsgruppen zu einer Beratung zusammen, nach deren Abschluß das Kabinett Blum Montag um 2.25 Uhr seine Demission gab. Ministerpräsident Blum erklärte den Vertretern der Presse: „Die Regierung hat die durch die Entscheidung des Senats in Angelegenheit des Antrages Perrier geschaffene Situation geprüft und sich entschlossen, zu demissionieren, trotzdem ihre Kammer das Vertrauen ausgesprochen hat.“ Allen denen, welche sich im ganzen Lande in der Volksfront zusammenfanden, senden wir die Aufforderung, völlige Ruhe und Ratsamkeit zu bewahren. Wir fordern alle unsere Freunde in ganz Frankreich auf, diese Weisung zu befolgen und uns dadurch einen neuen Beweis ihres Vertrauens zu geben.

Noch in der Nacht hatte Präsident Lebrun mit dem Vorsitzenden des Senats Jeanneux und dem Vorsitzenden der Kammer Herriot, sowie mit dem bisherigen Staatsminister Chautemps, einem radikal-sozialistischen Senator, Unterredungen. Schon um 7.30 Uhr früh wurde Camille Chautemps offiziell mit der Bildung der neuen Regierung betraut.

Die Nachricht vom dem Rücktritt der Regierung wurde in Paris erst durch die letzten Ausgaben der Morgenblätter gegen 7 Uhr früh verbreitet. Die Bevölkerung hat durchwegs der Aufforderung des zurückgetretenen Ministerpräsidenten Blum, Ruhe zu bewahren, Folge geleistet und nirgends auf den Straßen ist eine Spur von Unruhe zu bemerken. Die Mehrzahl der Geschäfte war übrigens am Montag mit Rücksicht auf die Geltung der 40-Stunden-Woche geschlossen, eine Menge Pariser weilte außerhalb der Hauptstadt.

Eine Erklärung der Sozialisten

Die sozialistische Parlamentsgruppe versammelte sich nach Beendigung der Kammer Sitzung und nahm einstimmig folgende Resolution an:

In dem Augenblicke, da das ganze Land durch seine Abstimmung der Regierung sein Vertrauen erklärt, lehnt sich die Senatsmehrheit gegen diese allgemeine Volksabstimmung auf. Die Regierung und die republikanische Mehrheit haben alles getan, um die Krise zu verhüten. In ihrer Konzilians gingen sie bis zur äußersten Grenze. Der Senat hat es jedoch vorgezogen, das Sprachrohr für die Drohungen aller jenen zu sein, die sich bisher mit dem Volkswillen nicht abfinden konnten. Die reaktionären Kräfte, gegen die sich das Land im Mai vergangenen Jahres ausgesprochen hat, haben im Senat neuerlich Verstandnis gefunden, ebenso wie vor zwölf Jahren, da am 12. April 1925 die Senatsmehrheit die erste Regierung des Volksfronts kürzte, an deren Spitze Herriot stand.

In letzten Jahre hat die Regierung, die sich auf eine treue Mehrheit stützte, mit Fähigkeit und Entschlossenheit das Arbeitsrecht ausgearbeitet und den Frieden bewahrt. Die sozialistische Gruppe gibt der einstimmigen Meinung der arbeitenden Klassen Ausdruck, wenn sie ihre Anerkennung und Bewunderung über die Energie ausdrückt, die die Regierung Blum dem Dienste an den großen Interessen der Nation widmete. Heute ebenso wie gestern verbleibt die genannte Gruppe allen jenen Verpflichtungen treu, die von den Gruppen der Mehrheit gemeinsam übernommen wurden. Die sozialistische Gruppe ist entschlossen, alles zur Sicherung des Sieges der von ganzen Staat gutgeheißenen Ideen und Programme und zur Zurechtweisung der Absichten und Hoffnungen aller reaktionären Elemente zu unternehmen.

Neues Volksfront-Kabinett?

Entscheidung der Sozialisten erst heute

Der designierte Ministerpräsident Camille Chautemps referierte Montag nach 19 Uhr dem Präsidenten der Republik über die Ergebnisse seiner Besprechungen mit den politischen Führern. Journalisten gegenüber erklärte Chautemps sodann, er hoffe, das neue Kabinett Dienstag vor mittags fertigstellen zu können.

Montag nachmittags hatte Chautemps eine Unterredung mit kommunistischen Deputierten, welche ihm bestätigten, daß die Kommunisten bereit sind, ohne in die Regierung einzutreten, eine Volksfront-Regierung auch weiterhin zu unterstützen, falls sie

Die Regierung Léon Blum hat den Jahrestag ihres Antrittes nur um vierzehn Tage überlebt; ein Mann verläßt das Steuer, auf den die ganze Welt mit Interesse, die Demokratie mit Sympathie, geblickt haben, die Sozialdemokratie stolz den ihren nennt und weiter nennen wird, denn solch ein Staatsmann wie der zurück-



getretene Regierungschef wird auch weiterhin eine Rolle spielen und eine politische Kraft sein.

Es ist das Kennzeichnende an dem Regierungswechsel, der sich in Frankreich vollzieht, daß der Ministerpräsident das Vertrauen der auf Grund des gleichen Wahlrechtes gewählten Kammer nicht verloren hat. Selten hat eine französische Regierung eine so feste Parlamentsmehrheit hinter sich gehabt wie es diejenige Léon Blums gewesen ist. Über mehr noch: niemals seit 1918 hat eine Regierung so fest im Volke gewurzelt wie diese, sie hat nicht nur das Vertrauen der Kammermehrheit genossen, sondern das Vertrauen der Mehrheit des französischen Volkes und insbesondere seiner arbeitenden Klassen. Nicht in der offenen Feldschlacht der Kammer, sondern gleichsam hinterdies im Senat, der in indirekten Wahlen gewählt wird und kein wahres Bild des Volkswillens ist, hat die Reaktion, welche seit langem auf diesen Augenblick gewartet hat, die Regierung zu Falle gebracht. Es liegt an den französischen Volksmassen ihre Meinung darüber zu sagen, daß eine Körperschaft, welche sich nicht auf die Mehrheit der Bevölkerung stützt, der freigeählten Kammer ihren Willen aufzwingen kann.

„Ich blicke mit Stolz auf das Werk, welches wir in dem einen Jahre unseres Bestehens geleistet haben“, so hat Blum in seiner letzten Rede vor dem Senat gesagt. Er hat das mit vollem Recht behauptet, denn sein Kabinett war eine der erfolgreichsten Regierungen, welche Frankreich je besessen hat, eine Regierung, deren Politik ein ruhmvolles Blatt in der Geschichte eines ruhmreichen Landes und einer großen Nation ausfüllt. Am ersten Jahrestag der Regierung hat in einer Volkskundgebung im Pariser Lunapark der Innenminister Max Dormoy gesagt: „Wir haben nicht die soziale Revolution bringen können, aber was wir leisteten, hat uns dennoch an die Spitze der zivilisierten Welt gestellt“ und der langjährige

das gemeinsame Volksfrontprogramm einhalten werde.

Eine dreigliedrige Kommission der sozialistischen Deputierten mit dem zurückgetretenen Finanzminister Aurioi an der Spitze, besprach mit Chautemps verschiedene Einzelheiten der Zusammenarbeit im neuen Kabinett, traf jedoch keine Entscheidung, sondern überließ diese der Dienstag stattfindenden Beratung des Präsidiums der sozialistischen Partei. Die Sozialisten bestehen gleichfalls auf der Bedingung, daß die künftige Regierung das Volksfrontprogramm erfülle.

